

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer



Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
 Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptollamts zu Vanzeh, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
 Beilagen: Bilderwoche, Unsere Heimat, Frau und Heim, Landvolk, Sächsischer Beilage, Jugendpost, Modereilage. — Druck u. Verlag von Friedrich May & Co. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 466

Ersetzungsweller: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmondlich 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 16 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverträger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postfachkonto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandsgeschäfts Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsmaßnahmen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Umlieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite eckige Millimeterzelle 10 Pfg. Drücker-Anzeigen 8 Pfg. Im Layout die 60 mm breite Millimeterzelle 20 Pfg. Für das Ersetzen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Alle Sammelanzeigen tarfmäßiger Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 138

Freitag, den 15. Juni 1928.

83. Jahrgang

Tageschau.

Die erste Reichstags-Sitzung am Mittwoch verlief ohne Störungen. Der Reichstag wird sich am Donnerstag verlagern, bis die Verhandlungen über die Regierungsbildung abgeschlossen sind.

Reichspräsident von Hindenburg trifft am 17. August zu einem mehrtägigen Erholungsaufenthalt auf dem Gute der Frau von Schilchner in Dietramszell (Oberbayern) ein, wo der Reichspräsident bereits zum vierten Male einen Teil seines Urlaubs verbringen wird.

Die deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen beginnen am 20. Juni. An Stelle des vorläufigen Wirtschaftsabkommens und einer Anzahl von Zusatzabkommen soll ein größeres deutsch-österreichisches Wirtschaftsabkommen geschlossen werden.

In Kopenhagen kürzten drei Flieger, die sich an Bord eines Marineflugzeuges befunden hatten, ab und wurden gefoht. Die fährlose Maschine fiel nach kurzem Weiterflug in den Hof eines Häuserblocks.

Zu den mit * bezeichneten Redungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Unerwartete Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung.

Die Voraussetzungen, daß Müller-Franken die Reichsminister aus der Erde stampfen und innerhalb 24 Stunden dem Reichspräsidenten die fertige Ministerliste vorlegen werde, hat sich nicht erfüllt. Wertwürdigerweise ballt sich das Gerücht immer mehr zusammen, daß das Zentrum Herrn Müller und damit der Großen Koalition im Reich mehr Schwierigkeiten bereite, als die Deutsche Volkspartei. Aber auch die neuesten Bedenken der Scholz-Fraktion sind nicht von Pappe, zumal die Sozialdemokratie von ihren wirtschaftspolitischen Ueberanspannungen ebensowenig ablassen will, wie von ihren Forderungen bezüglich „Reorganisation“ der Reichswehr. Das Zentrum hat urplötzlich nicht den Mut, das schulpolitische Fiasco unweigerlich mit der Großen Koalition verbunden, seinen immerhin christlichen Anhängern zu demastieren. Es ist ja auch ein merkwürdiges Bild, daß sich die christlichen Abgeordneten des Reichstages zur Teilnahme des einzigen festlichen Aktes der ersten Sitzung teils in der Hedwigskirche, teils im Berliner Dom versammelten und damit — übrigens in Anwesenheit des Reichspräsidenten — ein offenes und christliches Bekenntnis ablegten, das doch grundfäßlich von der Sozialdemokratie trennt!

Ueber den Stand der Verhandlungen verzeichnen wir die nachstehenden Meldungen:

Berlin, 13. Juni. Ueber die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei wird, wie das Nachrichtenbüro des RDJ, hört, folgendes Kommuniqué veröffentlicht: Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Müller-Franken fanden am Mittwochabend Besprechungen zwischen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei statt, an denen die Abgeordneten Reichs, Graßmann, Hilferding, Keil und Wels und die Abgeordneten Scholz, Kempes, Japs und Brüninghaus teilnahmen. Auch diese Verhandlungen waren bestimmt, die sachlichen Voraussetzungen für die Bildung einer Regierung der großen Koalition zu klären. In den Verhandlungen legten die Vertreter der Deutschen Volkspartei entscheidenden Wert auf die gleichzeitige Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Berlin, 13. Juni. (Privatinformation.) In parlamentarischen Kreisen wird die Entwicklung, die die Verhandlungen über die Regierungsbildung heute abend genommen haben, zunächst als eine Erschwerung der Situation betrachtet. Das hat seinen Grund darin, daß die Deutsche Volkspartei die Erweiterung der preußischen Regierung, die bisher mehr als Konsequenz der großen Koalition im Reich, denn als Bedingung betrachtet wurde, in der viel bestimmteren Form der Gleichzeitigkeit verlangt hat. Auf der anderen Seite mußte Herrmann Müller in der Besprechung mit den volksparteilichen Unterhändlern darauf hinweisen, daß die preußische Frage in erster Linie eine Angelegenheit des Landes sei, so daß die Einwirkungsmaßnahmen für ihn nur gering wären. Gegenüber dieser Erschwerung der Situation wird in parlamentarischen Kreisen aber auch betont, daß die Verhandlungen sich erst im Anfangsstadium befinden und daß man deshalb Schwierigkeiten, wie sie bei jeder Regie-

rungsbildung aufzutreten pflegen, noch nicht tragisch zu nehmen brauche. Jedenfalls gehen die Verhandlungen weiter und das sei das wesentliche. Der Reichstag wird sich nun morgen verlagern, mindestens bis Mitte nächster Woche, wahrscheinlich wird er aber dem Präsidenten Vollmacht geben, ihn erst zu geeigneter erscheinender Zeit wieder einzuberufen, damit inzwischen die Verhandlungen über die Regierungsbildung zu Ende geführt werden können.

Nicht nur die Preußenfrage, sondern eine Reihe anderer politischer Angelegenheiten, so zum Beispiel das Arbeitschutzgesetz und mancherlei Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen noch sehr gründlich erörtert werden, ehe von einer gemeinsamen Basis die Rede sein kann.

Dahin gehören weiter Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, die Steuerentlastung in den mittleren Einkommensstufen, die Amnestiefrage und die Reichswehrfrage. Dem Vernehmen nach wollen die Sozialdemokraten einen großen Etatanteil von 75 Millionen, der für Munitionsbefahrung bestimmt ist, für kulturelle Zwecke verwenden. Alle diese Einzelfragen dürften aber erst spruchreif sein, wenn die volksparteilichen Unterhändler das sozialdemokratische Regierungsprogramm kennengelernt haben. Sie legen also nachdrücklichen Wert darauf, erst einmal die sozialdemokratischen Vorschläge zu hören. Die Unterhandlungen mit der Deutschen Volkspartei werden vom Abgeordneten Müller wahrscheinlich im Laufe des morgigen Vormittags fortgesetzt werden, und mittags 1 Uhr tritt die volksparteiliche Fraktion wieder zusammen.

In antstehenden Kreisen sucht man nun offenbar mit einer gewissen tendenziösen Ablicht den Eindruck zu erwecken, als ob zwischen den Sozialdemokraten, den Demokraten und dem Zentrum bereits alles ins Reine gebracht worden sei und als ob nur mit der Deutschen Volkspartei noch Schwierigkeiten beständen. Diese Darstellung verfolgt offensichtlich den Zweck, einen Druck auf die Deutsche Volkspartei auszuüben.

Stahlhelm und Volkspartei.

Der Stahlhelm hat bereits vor einiger Zeit erklärt, daß er allen Reichstagsabgeordneten, die Stahlhelmskameraden sind, verjagen werde, für eine Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie zu stimmen. Am Mittwoch, den 13. Juni, ist nun eine zweite Erklärung des Stahlhelms veröffentlicht worden, die noch einmal die Verpflichtung der im Reichstag sitzenden Stahlhelmsangehörigen betont, die politischen Grundanschauungen des Stahlhelms im Reichstages zum Ausdruck zu bringen und in diesem Sinne eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie abzusehen. Weiter wendet sich der Stahlhelm gegen den Versuch einer liberalen Einigung durch Zusammenschluß der Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Der Stahlhelm wendet sich offenbar gegen die Politik der Demokraten und damit gegen die Versuche einer einheitlichen liberalen Partei überhaupt.

Vor Entscheidungen stellt die Stahlhelmklärung zunächst nur die Stahlhelmmitglieder in der Fraktion der Deutschen Volkspartei, denn alle anderen Stahlhelmmitglieder im Reichstag gehören Fraktionen an, die in Opposition bleiben. Insgesamt gehören dem Reichstag 45 Stahlhelmsmitglieder an, darunter sind neun in der Deutschen Volkspartei. Diese neun Stahlhelmer in der volksparteilichen Fraktion aber nehmen sehr aktiv an der Regierungsbildung teil, da der Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz selbst Stahlhelmsmitglied ist. Sie haben der Großen Koalition grundsätzlichen zugestimmt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Stahlhelmsmitglieder man eine Klärung mit der Deutschen Volkspartei herbeiführen möchte und damit den Gegenzug gegen die scharfe volksparteiliche Kritik der Stahlhelmsbotschaft macht. Andererseits ist die Stahlhelmklärung so vorsichtig abgefaßt, daß auch ein Kompromiß mit den volksparteilichen Stahlhelmen möglich bleibt. Wenigstens sind schon Verhandlungen angeknüpft, wie nachstehendes Wolkstelegramm berichtet:

Berlin, 13. Juni. Die Rundgebung der Bundesleitung des Stahlhelms, die sich gegen eine politische Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, also gegen die Bildung einer großen Koalition wendet, bildet am Mittwochabend den Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Reichstagsmitgliedern der Deutschen Volkspartei, die dem Stahlhelm angehören. Diese Mitglieder wollen, wie das Nachrichtenbüro des RDJ, hört, mit der Bundesleitung des Stahlhelms wegen dieser Angelegenheit in Verbindung treten. Die beachtlichsten Verhandlungen verfolgen das Ziel, die Bundesleitung davon zu überzeugen, daß ein parlamentarisch-statistisches Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nicht als eine Verleugnung nationaler Grundsätze gedeutet werden dürfe.

Die Eröffnungssitzung des Reichstages

Berlin, 13. Juni. Saal und Tribünen sind dicht besetzt. Als der Alterspräsident Abg. Bock, Gotha. (Soz.), die Sitzung eröffnet, stellt er fest, daß er am 28. November 1846 geboren, also mit 82 Jahren das älteste Mitglied sei. Alterspräsident Bock gedenkt zunächst, während sich die Abgeordneten von den Plätzen erheben, der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe bei Siegersdorf und spricht den Hinterbliebenen der Opfer das herzlichste Beileid des Reichstages aus. Er beruft dann zu Schriftführern die Abgeordneten Dr. Philipp (Dnat. Sp.), Frau Teusch (Z.), Torgler (Komun.) und Kuntel (D. Sp.). Der Reichstag, so führt der Alterspräsident in einer kurzen Ansprache aus, steht vor großen Aufgaben, Millionen erwarten von ihm die Linderung ihrer Not, die Witwen und Waisen, die Kriegsinvaliden, die Sozialrentner und Kleinrentner. Der Reichstag kann diese Not lindern, wenn er will. (Rufe bei den Nationalsozialisten und Kommunisten: Er will aber nicht, laßt alle Hoffnung fahren!) Die Gefahr, die dem Volk aus der übermächtigen Konzernherrschaft droht, gibt es zu bannen. Möge das dem Reichstag gelingen.

Schriftführer Philipp (Dnat. Sp.) nimmt darauf den Namensaufruf vor.

Beim Aufruf des Abg. v. Reudell (Dnat. Sp.) kommen von den Kommunisten, bei dem Namen Koch, Welter (Dem.), von den Nationalsozialisten höhnische Zurufe. Beim Aufruf des Abg. Künster (Soz.) rufen die Kommunisten: „Der Einseiler!“ Auf den kommunistischen Abgeordneten Leow wird von den Sozialdemokraten mit lauten Zurufen hingewiesen, weil er in der Uniform des Rotfrontbundes mit roter Armbinde erschienen ist. Abg. Dr. Metz (Z.) wird von der Linken mit dem Ruf „Reichsbannerkamerad a. D.“ begrüßt.

Am Schluß des Namensaufrufes stellte Alterspräsident Bock fest, daß 462 Abgeordnete anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist.

Der Schriftführer verliest dann die handschriftlich eingegangenen kommunistischen Anträge. Ein Antrag verlangt die Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Rippenberger, ein anderer fordert die Amnestierung der politischen Gefangenen mit Ausnahme der Fememörder. Ein weiter verlesener Zentrumsantrag fordert schnelle Hilfsmaßnahmen für das besetzte Gebiet. Ein deutschnationaler Antrag verlangt eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen mit Ausnahme des Landesverrats und des Verrates militärischer Geheimnisse. Der Antrag erstreckt sich auch auf die Disziplinarverfahren gegen Beamte.

Alterspräsident Bock schlägt vor, sämtliche verlesenen Anträge auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung nach der Wahl des Präsidiums zu setzen.

Abg. Frid (Natsoz.) verlangt unter mißbilligenden Rufen der Abgeordneten das Wort zur Geschäftsordnung und überreicht einen Antrag.

Die Wirtschaftspartei zur Beteiligung an der Regierung bereit.

Berlin, 13. Juni. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei nahm in ihrer heutigen ersten Fraktions-sitzung den Bericht ihres Vorsitzenden Dremsig über seine Besprechung mit dem Abgeordneten Herrmann Müller entgegen. Die Fraktion lehnte, wie das Nachrichtenbüro des RDJ, hört, einen Beschluß, der besagt, daß die Wirtschaftspartei sich keineswegs der verantwortlichen Beteiligung an einer Koalitionsregierung entziehen wolle, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden, die die Partei im Interesse des deutschen Volkes und des Mittelstandes fordern müsse. Im übrigen wurde der Fraktionsvorsitzende zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

Bildung von Fraktionsgemeinschaften

Berlin, 14. Juni. Zwischen der Deutschen Bauernpartei (früher bayrischer Bauernbund), der christlich-nationalen Bauernpartei, der Deutschhannoverschen Partei und der Volkspartei sind Verhandlungen darüber eingeleitet worden, ob sich der Zusammenschluß dieser Gruppen zu einer Fraktionsgemeinschaft ermöglichen ließe. Die Verhandlungen dürften heute zum Abschluß kommen. Die Fraktionsbildung würde nicht zustande kommen, wenn die 10 Christlich-nationalen sich der Deutschhannoverschen Fraktion anschließen. Dann würden die 8 Mitglieder der Deutschen Bauernpartei, die vier Deutschhannoverscher und die beiden Vertreter der Volkspartei nicht zur Fraktionsbildung, die 15 Mitglieder erfordert, ausrei-